

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 29.09.2020

Ort: Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, Leonhardplatz, 38102 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Ratsmitglieder: (in Klammern verhindert)

Herr Bader	Herr Kühn
Herr Bley	Herr Lehmann
(Herr Dr. Blöcker)	Herr Manlik
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
Herr Prof. Dr. Dr. Büchs	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Naber
Herr Dobberphul	(Frau Ohnesorge)
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Herr Rosenbaum
Herr F. Flake	Herr Schatta
Herr Graffstedt	Herr Scherf
Frau Gries	Frau Schneider
Herr M.Hahn	Herr Scholze
Frau S. Hahn	Herr Schrader
Frau Hannebohn	Frau Schütze
Herr Hinrichs	Frau Seiffert
(Frau vom Hofe)	Herr Sommerfeld
Frau Ihbe	Herr Türkmen
Frau Jalyschko	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Jaschinski-Gaus	(Herr Weber)
Frau Johannes	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	Frau Willimzig-Wilke
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Kornblum
Stadtbaurat Leuer
(Dezernentin Dr. Hesse)
Stadträtin Dr. Arbogast
Dezernent Leppa
Stadtrat Herlitschke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.07.2020 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Stand und Perspektive Bildungsbüro | 20-13905 |
| 3.2 | Sachstandsbericht des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Braunschweig 2030 (ISEK) | 20-14004 |
| 3.3 | Unzulässigkeit der Erhebung von kapitalisierten Pflegekosten und von Folgekosten für die Errichtung von Ganztagsbetrieben an Grundschulen | 20-14008 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Haushaltstüchtigkeit bei "Katalogbeschlüssen"
Antrag der Gruppe Die Fraktion P ² | 20-12712 |
| 4.1.1 | Haushaltstüchtigkeit bei "Katalogbeschlüssen"
Stellungnahme der Verwaltung | 20-12712-01 |
| 4.2 | Transparenz in Haushaltsplanentwürfen: Maßnahmen ohne Beschluss
Antrag der Gruppe Die Fraktion P ² | 20-12713 |
| 4.2.1 | Transparenz in Haushaltsplanentwürfen: Maßnahmen ohne Beschluss
Stellungnahme der Verwaltung | 20-12713-01 |
| 4.3 | Beschluss "Sicherer Hafen" mit Leben erfüllen
Antrag der Fraktion Die Linke. | 20-13551 |
| 4.4 | Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten
Antrag der SPD-Fraktion | 20-13799 |
| 4.4.1 | Änderungsantrag zum TOP "Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten"
Änderungsantrag der SPD-Fraktion | 20-13799-02 |
| 4.4.2 | Änderungsantrag zu 20-13799-02 TOP "Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten"
Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P ² | 20-14249 |
| 4.4.3 | Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten
Stellungnahme der Verwaltung | 20-13799-01 |
| 4.5 | Umgang mit belasteten Denkmalen in der Stadt
Antrag der BIBS-Fraktion | 20-13807 |
| 4.5.1 | Änderungsantrag zu Ds. 20-13807: Umgang mit belasteten Denkmalen in der Stadt
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | 20-14349 |
| 4.5.2 | Gedenkkultur und Denkmäler in der Stadt Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung | 20-13807-01 |

4.6	30. Jahrestag der Wiedervereinigung - Infotafel am Braunschweiger Fragment der Mauer Antrag der AfD-Fraktion	20-13969
4.7	Dialog zur Zukunft der Innenstadt Antrag der CDU-Fraktion	20-14044
4.7.1	Änderungsantrag zum TOP "Dialog zur Zukunft der Innenstadt" Änderungsantrag der SPD-Fraktion	20-14044-01
4.8	Neubau eines Sportfunktionsgebäudes für den VfL Leiferde Antrag der Fraktionen SPD und CDU	20-14108
4.8.1	Neubau eines Sportfunktionsgebäudes für den VfL Leiferde Stellungnahme der Verwaltung	20-14108-01
4.9	Prüfauftrag: Umwidmung von Fahrspuren zu Radwegen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.	20-14207
4.10	Aufstellung Bebauungsplan und Veränderungssperre für den derzeit gültigen Bebauungsplan RI 9, Stadtgebiet Berliner Straße 53, Eisenbahn, Kleingärtnerverein Moorhütte, Moorhüttenweg, Stadtgebietsgrenze. Antrag der BIBS-Fraktion	20-14212
4.10.1	Aufstellung Bebauungsplan und Veränderungssperre für den derzeit gültigen Bebauungsplan RI 9, Stadtgebiet Berliner Straße 53, Eisenbahn, Kleingärtnerverein Moorhütte, Moorhüttenweg, Stadtgebietsgrenze Stellungnahme der Verwaltung	20-14212-01
4.10.2	Aufstellung Bebauungsplan und Veränderungssperre für den derzeit gültigen Bebauungsplan RI 9, Stadtgebiet Berliner Straße 53, Eisenbahn, Kleingärtnerverein Moorhütte, Moorhüttenweg, Stadtgebietsgrenze. Stellungnahme der Verwaltung	20-14212-02
4.11	Aufbau eines flächendeckenden Sirenensystems zum Bevölkerungsschutz Antrag der CDU-Fraktion	20-14324
4.11.1	Aufbau eines flächendeckenden Sirenensystems zum Bevölkerungsschutz Änderungsantrag zur Vorlage 20-14324 Änderungsantrag der AfD-Fraktion	20-14324-01
4.12	Umbenennung des Bahnhofvorplatzes in "Max-Jüdel-Platz" Antrag der AfD-Fraktion	20-14328
4.12.1	Umbenennung des Bahnhofvorplatzes in "Max-Jüdel-Platz" Stellungnahme der Verwaltung	20-14328-01
5	Umbesetzung in Ausschüssen - Entsendung von Bürgermitgliedern -	20-14322
6	Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Gruppe der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss	20-14290
7	Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig	20-13891
7.1	Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig	20-13891-01

7.2	Änderungsantrag zu DS 20-13891: Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig - Kommission kommunalpolitisches Ehrenamt Änderungsantrag der FDP-Fraktion	20-14335
7.3	Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig Änderungsantrag zur Vorlage 20-13891-01 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	13891-01-01
7.4	Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	20-13891-02
7.5	Änderungsantrag zum TOP "Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig" Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen	20-13891-03
8	Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14050
8.1	Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14050-01
8.2	Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	20-14050-02
9	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	20-14097
10	Änderung der Hundesteuersatzung	19-11772
10.1	Änderung der Hundesteuersatzung	19-11772-03
10.2	Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-13841
10.3	Änderung der Hundesteuersatzung: Änderungsantrag zu DS 19-11772 Hundesteuermarkenpflicht abschaffen Änderungsantrag der FDP-Fraktion	20-14274
10.4	Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	20-14289
10.5	Änderung der Hundesteuersatzung, hier Abschaffung, Änderungsantrag zu DS 19-11772 Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P ²	20-14321
10.6	Änderung der Hundesteuersatzung Antrag / Anfrage zur Vorlage 19-11772 Änderungsantrag der AfD-Fraktion	19-11772-02
10.7	Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 Stellungnahme der Verwaltung	20-13841-01
11	Bestellung eines Vertreters im Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	20-14296

12	Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im Verein "BDLO e.V."	20-13901
13	Anbindung des Behindertenbeirat Braunschweig e.V. (BBR); beratende Sitze in weiteren Ausschüssen zur Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung	20-13881
14	Bekenntnis der Kommune zum Mütterzentrum Braunschweig e. V./MehrGenerationenHaus im Rahmen des neuen Bundesprogramms "Mehrgenerationenhaus. Miteinander - Füreinander" (2021-2028)	20-13943
15	Pädagogische Herausforderungen durch Inklusion in der Schulkindbetreuung	20-14001
16	Festsetzung des Entgeltes für das in den städtischen Kindertagesstätten verabreichte Mittagessen	20-13441
16.1	Festsetzung des Entgeltes für das in den städtischen Kindertagesstätten und städtischen Einrichtungen der Teilzeit-Schulkindbetreuung verabreichte Mittagessen	20-13441-01
17	Neufestsetzung der Entgelte für den Kinder- und Jugendzeltplatz Grömitz/Lensterstrand	20-13865
18	Verlängerung der Veränderungssperre "Sudetenstraße", OE 40 Stadtgebiet zwischen A 391, A 392, Celler Heerstraße, Sudetenstraße, Schölke, der östlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 254/75, 254/76, 254/79 sowie dem ehemaligen Ringgleis Satzungsbeschluss	20-13444
19	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Trakehnenstraße/Breites Bleek", ST 81 Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Ergänzendes Verfahren gemäß § 214 (4) BauGB	20-13925
20	1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung)	20-13931
21	2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für Straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragsatzung)	20-13932
22	Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Zielfelder	20-14032
23	Gliesmaroder Bahnhof-West Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke	20-14127
24	Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmalen in der Stadt Braunschweig	20-13508
24.1	Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmalen in der Stadt Braunschweig	20-13508-01
25	Anmietung Business Center III - Nutzerspezifische zusätzliche Ausbauten	20-13800
25.1	Anmietung Business Center III - Nutzerspezifische zusätzliche Ausbauten	20-13800-01

26	Neubau der 6. Integrierten Gesamtschule (6. IGS) am Standort Tunica-Gelände sowie Neubau der neuen Grundschule im westl. Ringgebiet am Wedderkopsweg Grundsatzbeschluss und weiteres Vorgehen	20-13994
26.1	Neubau der 6. Integrierten Gesamtschule (6. IGS) am Standort Tunica-Gelände sowie Neubau der neuen Grundschule im westl. Ringgebiet am Wedderkopsweg Grundsatzbeschluss und weiteres Vorgehen	20-13994-01
27	Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Ge- schäftsordnung)	
27.1	Fahrradfreundliches Braunschweig: Servicestationen für Fahrräder Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	20-14231
27.1.1	Fahrradfreundliches Braunschweig: Servicestationen für Fahrräder, Änderungsantrag zu 20-14231 Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P ²	20-14353
27.1.2	Änderungsantrag zum TOP "Fahrradfreundliches Braunschweig: Servicestationen für Fahrräder" Änderungsantrag der SPD-Fraktion	20-14353-01
27.2	Krankenhäuser nicht als Lückenbüßer nutzen Antrag der BIBS-Fraktion	20-14263
27.2.1	Änderungsantrag zu Ds. 20-14263: Krankenhäuser nicht als Lückenbüßer nutzen Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	20-14347
27.2.2	Krankenhäuser nicht als Lückenbüßer nutzen Stellungnahme der Verwaltung	20-14263-01
27.2.3	Änderungsantrag zu Ds. 20-14263: Krankenhäuser nicht als Lückenbüßer nutzen Stellungnahme der Verwaltung	20-14347-01
28	Anfragen	
28.1	Lehren aus dem bundesweiten Warntag - braucht Braunschweig die Sirenen zurück? Anfrage der SPD-Fraktion	20-14326
28.1.1	Lehren aus dem bundesweiten Warntag - braucht Braunschweig die Sirenen zurück? Stellungnahme der Verwaltung	20-14326-01
28.2	Bericht zum Jahresabschluss 2019 des Rettungsdienstes Anfrage der AfD-Fraktion	20-14308
28.2.1	Bericht zum Jahresabschluss 2019 des Rettungsdienstes Stellungnahme der Verwaltung	20-14308-01
28.3	Klärende Gespräche mit den Vertragspartnern zum schnellen Wei- terverkauf des Wolters-Grundstücks Anfrage der BIBS-Fraktion	20-14325
28.3.1	Klärende Gespräche mit den Vertragspartnern zum schnellen Wei- terverkauf des Wolters-Grundstücks Stellungnahme der Verwaltung	20-14325-01
28.4	Verkauf von Wohneinheiten in der Braunschweiger Weststadt Anfrage der AfD-Fraktion	20-14309
28.4.1	Verkauf von Wohneinheiten in der Braunschweiger Weststadt	20-14309-01

Stellungnahme der Verwaltung

28.5	Sachstandsbericht E-Scooter Anfrage der BIBS-Fraktion	20-14327
28.5.1	Sachstandsbericht E-Scooter Stellungnahme der Verwaltung	20-14327-01
28.6	Unverhältnismäßig hartes Vorgehen der Polizei gegen Demonstrant*innen gegen den AfD-Landesparteitag am 12.09.2020 Anfrage der BIBS-Fraktion	20-14317
28.6.1	Unverhältnismäßig hartes Vorgehen der Polizei gegen Demonstrant*innen gegen den AfD-Landesparteitag am 12.09.2020 Stellungnahme der Verwaltung	20-14317-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.5: Umgang mit belasteten Denkmalen:
Änderungsantrag 20-14349
- Zu TOP 4.10: Aufstellung Bebauungsplan und Veränderungssperre
Stadtgebiet Berliner Str.:
Stellungnahme 20-14212-02
- Zu TOP 4.11: Aufbau eines flächendeckenden Sirenensystems zum
Bevölkerungsschutz:
Änderungsantrag 20-14324-01
- Zu TOP 4.12 Umbenennung Bahnhofsvorplatz in Max-Jüdel-Platz:
Stellungnahme 20-14328-01
- Zu TOP 7 Neuordnung der Stadtbezirke:
Vorlage 20-13891-01, Änderungsanträge 13891-01-01 und 20-13891-03 sowie Stellungnahme 20-13891-02
- Zu TOP 10: Änderung der Hundesteuersatzung:
Vorlage 19-11772-03
- Zu TOP 25: Anmietung Business Center III:
Vorlage 20-13800-01
- Zu TOP 27.1: Fahrradfreundliches Braunschweig, Servicestationen:
Änderungsanträge 20-14353 und 20-14353-01
- Zu TOP 27.2: Krankenhäuser nicht als Lückenbüßer nutzen:
Änderungsantrag 20-14347 und Stellungnahme 20-14347-01

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 22.09.2020 die unter TOP 4.4 aufgeführten Anträge zur Erstellung eines Konzeptes zur Durchführung eines Weihnachtsmarktes in Corona-Zeiten in eigener Zuständigkeit bereits abschließend entschieden hat und eine Beratung hierüber entfällt. Er teilt ferner mit, dass auch die Beratung von TOP 4.5 entfällt, da der Änderungsantrag 20-14349 in der Sitzung des Verwaltungsausschusses zur Beratung an den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft verwiesen wurde. Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der unter TOP 4.10 genannte Antrag 20-14212 – Aufstellung Bebauungsplan und Veränderungssperre für den derzeit gültigen Bebauungsplan RI 9, Stadtgebiet Berliner Straße 53, Eisenbahn, Kleingärtnerverein Moorhütte, Moorhüttenweg, Stadtgebietsgrenze im Verwaltungsausschuss am 22.09.2020 bis zum nächsten Gremienlauf zurückgestellt wurde und die Beratung somit ebenfalls entfällt.

Auf Vorschlag von Ratsherrn Prof. Dr. Dr. Büchs stellt Ratsvorsitzender Graffstedt fest, dass Einvernehmen besteht, die unter TOP 3.3 aufgeführte Mitteilung 20-14008 –Unzulässigkeit der Erhebung von kapitalisierten Pflegekosten und von Folgekosten für die Errichtung von Ganztagsbetrieben an Grundschulen- in die Aussprache unter TOP 19 einbezogen wird.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt weiter, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung die Tagesordnungspunkte 29 bis 31 vorgesehen sind. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren. Er lässt anschließend über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.07.2020

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 14.07.2020 wird einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Stand und Perspektive Bildungsbüro	20-13905
---	----------

Ergebnis:

Die Mitteilung 20-13905 wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Sachstandsbericht des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Braunschweig 2030 (ISEK)	20-14004
---	----------

Zu der Mitteilung findet von 14:15 Uhr bis 14:30 Aussprache statt.

Ergebnis:

Die Mitteilung 20-14004 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Haushaltstsklarheit bei "Katalogbeschlüssen" Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	20-12712
--	----------

4.1.1. Haushaltstsklarheit bei "Katalogbeschlüssen" Stellungnahme der Verwaltung	20-12712-01
---	-------------

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu dem Antrag 20-12712 vorliegende Stellungnahme 20-12712-01 hin. Ratsherr Bley bringt den Antrag ein und begründet diesen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung legt den Fraktionen und Gruppen zukünftig - zusammen mit den Haushaltstsklarheiten - beginnend mit dem Entwurf 2021 –

- eine Liste vor, mit allen im jeweiligen Haushaltstsklarheit-Entwurf enthaltenen Maßnahmen, die als Bestandteil von beschlossenen
 - Konzepten (z.B. ISEK),
 - Masterplänen (z.B. Sport),
 - Arbeitsprogrammen und Empfehlungen oder anderen, mit mehr als einer Maßnahme beinhalteten Vorhabendarin aufgeführt sind.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und einer Enthaltung **abgelehnt**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-12712-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Transparenz in Haushaltstsklarheiten: Maßnahmen ohne Be- schluss Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	20-12713
--	----------

4.2.1. Transparenz in Haushaltstsklarheiten: Maßnahmen ohne Be- schluss Stellungnahme der Verwaltung	20-12713-01
---	-------------

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu dem Antrag 20-12713 vorliegende Stellungnahme 20-12713-01 hin. Ratsherr Bley bringt den Antrag ein und begründet diesen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

ßend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung legt den Fraktionen und Gruppen zukünftig - zusammen mit dem Haushaltspanentwürfen - beginnend mit dem Entwurf 2021 -

- eine Liste vor, mit allen im jeweiligen Haushaltspanentwurf enthaltenen Projekten, Maßnahmen, Planungen, Programmen, Vorhaben, Empfehlungen etc. die noch einer Beschlussfassung eines oder mehrerer Ratsgremien bedürfen.

Alternativ schlagen wir eine farbliche Kennzeichnung innerhalb des Haushaltspanentwurfes vor.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und zwei Enthaltungen **abgelehnt**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-12713-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Beschluss "Sicherer Hafen" mit Leben erfüllen 20-13551
Antrag der Fraktion Die Linke.

Ratsfrau Schneider bringt den Antrag 20-13551 ein, begründet diesen und erklärt am Ende ihres Redebeitrages, dass sich der Antrag erledigt hat und zurückgezogen wird.

4.4. Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten 20-13799
Antrag der SPD-Fraktion

4.4.1. Änderungsantrag zum TOP "Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten" 20-13799-02
Änderungsantrag der SPD-Fraktion

4.4.2. Änderungsantrag zu 20-13799-02 TOP "Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten" 20-14249
Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P²

4.4.3. Erstellung eines Konzepts zur Durchführung eines Weihnachtsmarkts in Corona-Zeiten 20-13799-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Der Antrag 20-13799 wird durch den Änderungsantrag 20-13799-02 ersetzt.

Der Antrag 20-13799-02 wurde im Verwaltungsausschuss am 22.09.2020 abschließend entschieden. Die Beratung im Rat entfällt.

Der Änderungsantrag 20-14249 wurde im Verwaltungsausschuss am 22.09.2020 abschließend entschieden. Die Beratung im Rat entfällt.

Die Stellungnahme 20-13799-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt 20-13807
Antrag der BIBS-Fraktion

- 4.5.1. Änderungsantrag zu Ds. 20-13807: Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt** **Änderungsantrag der BIBS-Fraktion** **20-14349**
- 4.5.2. Gedenkkultur und Denkmäler in der Stadt Braunschweig** **Stellungnahme der Verwaltung** **20-13807-01**

Ergebnis:

Der Antrag 20-13807 wird durch den Änderungsantrag 20-14349 ersetzt.
Der Antrag 20-14349 wurde im Verwaltungsausschuss am 22.09.2020 zur Beratung an den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft verwiesen. Die Beratung im Rat entfällt.
Die Stellungnahme 20-13807-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 4.6. 30. Jahrestag der Wiedervereinigung - Infotafel am Braunschweiger Fragment der Mauer** **Antrag der AfD-Fraktion** **20-13969**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 22.09.2020 in eigener Zuständigkeit abschließend über den Antrag 20-13969 entschieden hat und somit kein Raum mehr für eine Beschlussfassung durch den Rat besteht. Anschließend wird der Antrag von Ratsherrn Wirtz eingebbracht und begründet.

Ergebnis:

Der Antrag 20-13969 wurde im Verwaltungsausschuss am 22.09.2020 abschließend entschieden. Die Abstimmung im Rat entfällt.

- 4.7. Dialog zur Zukunft der Innenstadt** **Antrag der CDU-Fraktion** **20-14044**

- 4.7.1. Änderungsantrag zum TOP "Dialog zur Zukunft der Innenstadt"** **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** **20-14044-01**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-14044 der Änderungsantrag 20-14044-01 vorliegt. Ratsherr Schatta bringt den Antrag 20-14044 ein und begründet diesen. Der Änderungsantrag 20-14044-01 wird von Ratsfrau Ihbe eingebbracht und begründet. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 20-14044 und den Änderungsantrag 20-14044-01 gemeinsam abstimmen.

Beschluss Antrag 20-14044 (ergänzt um den Beschlusstext Änderungsantrag 20-14044-01):

Der Rat der Stadt Braunschweig begrüßt die Vorschläge der Verwaltung zur Initiierung eines Dialogs zur Zukunft der Innenstadt (vgl. DS-Nr. 20-13983). Bei der weiteren Ausgestaltung ist darüberhinausgehend ein Augenmerk auf die weitere Aktivierung von Investitionen in die Innenstadt zu legen. Dezernatsübergreifend ist zudem sicherzustellen, dass - auch kurzfristig - die entsprechenden notwendigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden und durch schlanke Strukturen auch schnelle Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen möglich bleiben.

Außerdem ist ein Austausch mit anderen Großstädten über deren Umgang mit den Auswirkungen von Corona durchzuführen.

Des Weiteren ist eine Einbindung der Politik, zum einen durch eine regelmäßige und kontinuierliche Berichterstattung und zum anderen durch die Teilnahme von Ratsvertretern, zu gewährleisten.

Neben der Einbindung der Politik sind auch die Bürgerinnen und Bürger in einem be teiligungsorientierten Prozess einzubeziehen und die Perspektiven und Ausgestaltungs möglichkeiten der Innenstadt gemeinsam mit diesen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

gemeinsame Abstimmung mit Änderungsantrag 20-14044-01
bei wenigen Enthaltungen beschlossen

Beschluss Änderungsantrag 20-14044-01:

Der Beschlussvorschlag des Antrags der CDU-Fraktion (Vorlage 20-14044) wird ergänzt um folgenden Absatz:

Neben der Einbindung der Politik sind auch die Bürgerinnen und Bürger in einem beteiligungsorientierten Prozess einzubeziehen und die Perspektiven und Ausgestaltungsmöglichkeiten der Innenstadt gemeinsam mit diesen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

gemeinsame Abstimmung mit Antrag 20-14044
bei wenigen Enthaltungen beschlossen

4.8. Neubau eines Sportfunktionsgebäudes für den VfL Leiferde Antrag der Fraktionen SPD und CDU	20-14108
4.8.1. Neubau eines Sportfunktionsgebäudes für den VfL Leiferde Stellungnahme der Verwaltung	20-14108-01

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann weist auf die zu dem Antrag vorliegende Stellungnahme 20-14108-01 hin. Ratsvorsitzender Graffstedt bringt den Antrag 20-14108 ein und begründet diesen. Nach der Aussprache stellt er den Antrag 20-14108 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der nachfolgenden Punkte, ein neues Sportfunktionsgebäude für den VfL Leiferde zu errichten:

- Auf der Sportanlage des VfL Leiferde wird im Bereich des ehemaligen Grabelandes an der südlichen Stirnseite des Rasengroßspielfeldes ein neues Sportfunktionsgebäude errichtet.
- Dabei sollen die bereits existierenden planerischen Grundlagen der in der Vergangenheit gebauten Sportfunktionsgebäude (bspw. des SV Gartenstadt), möglichst unter Einbindung des damaligen Architekten, genutzt werden.
- Aufgrund des anstehenden Wegfalls der derzeit genutzten Umkleide- und Duschräume in den Kellerräumen der Grundschule Leiferde, die für einen Ganztagsbetrieb umgebaut wird, sind die Planungen so abzuschließen, dass im Frühjahr 2021 ein Baubeginn möglich wird.
- Der Rat hat mit dem Haushalt 2020 eine Verpflichtungsermächtigung für das Projekt „IGS Volkmarode / Schaffung Kunstrasenfeld“ (5E.670069) in Höhe von 500.000 Euro beschlossen. Nachdem die dazugehörigen Planungen durch einen Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 7. Juli 2020 gestoppt wurden (Vorlage 20-13762-01), kann haushaltrechtlich die nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung für das Kunstrasenfeld für eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den Neubau eines Sportfunktionsgebäudes für den VfL Leiferde genutzt werden.
- Zur Reduzierung des benötigten Finanzbedarfs soll ergänzend geprüft werden, Mittel aus dem Programm „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ oder anderer Bundes- oder Landesförderungen zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14108-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.9. Prüfauftrag: Umwidmung von Fahrspuren zu Radwegen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.	20-14207
--	-----------------

Ratsfrau Schneider bringt den Antrag 20-14207 ein und begründet diesen. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 20-14207 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Abschnitte stark befahrener Straßen in Braunschweig sich dazu eignen, einzelne Fahrspuren zu Radwegen umzuwidmen.

Dabei sollen Straßenabschnitte identifiziert werden, auf denen sich eine derartige Umwidmung relativ einfach und mit einem größtmöglichen Gewinn an Sicherheit für den Radverkehr umsetzen ließe.

Die Umwidmung könnte zunächst probeweise in einem ebenfalls zu benennenden geeigneten Zeitraum erfolgen, beispielsweise in Ferienzeiten.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen **abgelehnt**

- | | |
|--|--------------------|
| 4.10. Aufstellung Bebauungsplan und Veränderungssperre für den derzeit gültigen Bebauungsplan RI 9, Stadtgebiet Berliner Straße 53, Eisenbahn, Kleingärtnerverein Moorhütte, Moorhüttenweg, Stadtgebietsgrenze.
Antrag der BIBS-Fraktion | 20-14212 |
| 4.10.1. Aufstellung Bebauungsplan und Veränderungssperre für den derzeit gültigen Bebauungsplan RI 9, Stadtgebiet Berliner Straße 53, Eisenbahn, Kleingärtnerverein Moorhütte, Moorhüttenweg, Stadtgebietsgrenze
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14212-01 |
| 4.10.2. Aufstellung Bebauungsplan und Veränderungssperre für den derzeit gültigen Bebauungsplan RI 9, Stadtgebiet Berliner Straße 53, Eisenbahn, Kleingärtnerverein Moorhütte, Moorhüttenweg, Stadtgebietsgrenze.
Stellungnahme der Verwaltung | 20-14212-02 |

Ergebnis:

Der Antrag 20-14212 wurde im Verwaltungsausschuss am 22.09.2020 zurückgestellt. Die Beratung im Rat entfällt.

Die Stellungnahme 20-14212-01 wurde im Verwaltungsausschuss am 22.09.2020 zurückgestellt. Die Behandlung im Rat entfällt.

Die Stellungnahme 20-14212-02 wurde im Verwaltungsausschuss am 22.09.2020 zurückgestellt. Die Behandlung im Rat entfällt.

- | | |
|--|--------------------|
| 4.11. Aufbau eines flächendeckenden Sirenensystems zum Bevölkerungsschutz
Antrag der CDU-Fraktion | 20-14324 |
| 4.11.1. Aufbau eines flächendeckenden Sirenensystems zum Bevölkerungsschutz
Änderungsantrag zur Vorlage 20-14324
Änderungsantrag der AfD-Fraktion | 20-14324-01 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-14324 der Änderungsantrag 20-14324-01 vorliegt. Ratsherr Schrader bringt den Antrag 20-14324 ein, begründet diesen und beantragt, den Antrag zur Beratung an den Feuerwehrausschuss zu verweisen. Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 20-14324-01 ein und begründet diesen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag auf Verweisung in den Feuerwehrausschuss abstimmen.

Beschluss Antrag 20-14324 (geändert):

Der Antrag 20-14324 wird zur Beratung an den Feuerwehrausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis zum Verweisungsbeschluss:
einstimmig beschlossen

Beschluss Änderungsantrag 20-14324-01 (geändert):

Der Antrag 20-14324-01 wird zur Beratung an den Feuerwehrausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis zum Verweisungsbeschluss:
einstimmig beschlossen

4.12. Umbenennung des Bahnhofvorplatzes in "Max-Jüdel-Platz" 20-14328
Antrag der AfD-Fraktion

4.12.1.Umbenennung des Bahnhofvorplatzes in "Max-Jüdel-Platz" 20-14328-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt verweist auf die zu dem Antrag vorliegende Stellungnahme 20-14328-01 und erklärt, dass die ausschließliche Beschlusskompetenz beim Stadtbezirksrat liegt und der Rat somit nicht entscheiden kann. Ratsherr Wirtz bringt den Antrag 20-14328 ein, begründet diesen und stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung. Ratsvorsitzender Graffstedt lässt zunächst über den Antrag auf Zurückstellung abstimmen und stellt fest, dass dieser bei 3 Fürstimmen abgelehnt wird. Anschließend lässt er über den Antrag 20-14328 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt wird beauftragt, den Bahnhofsvorplatz (der Platz, den man als Reisender aus der Haupthalle in Richtung Innenstadt und Verkehrsanbindungen betritt) von Willy-Brandt-Platz in Max-Jüdel-Platz umzubenennen.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14328-01 wird zur Kenntnis genommen.

5. Umbesetzung in Ausschüssen 20-14322
- Entsendung von Bürgermitgliedern -

Beschluss:

1. Ausschuss für Integrationsfragen:

Herr Dr. Adel Mahdy wird anstelle von Frau Yesim Cil als Bürgermitglied in den Ausschuss für Integrationsfragen entsandt.

2. Planungs- und Umweltausschuss:

Herr Godehard Busche wird anstelle von Herrn Andreas Kyrath als Bürgermitglied in den Planungs- und Umweltausschuss entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Gruppe der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss 20-14290

Beschluss:

Auf Vorschlag des Stadtschülerrates werden Herr Florian Reetz als Mitglied, Herr Fabian Zöller als erster Stellvertreter und Herr Philip Benson als zweiter Stellvertreter für die Gruppe der Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden Schulen in den Schulausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- | | |
|--|--------------------|
| 7. Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig | 20-13891 |
| 7.1. Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig | 20-13891-01 |
| 7.2. Änderungsantrag zu DS 20-13891: Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig - Kommission kommunalpolitisches Ehrenamt Änderungsantrag der FDP-Fraktion | 20-14335 |
| 7.3. Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig Änderungsantrag zur Vorlage 20-13891-01 Änderungsantrag der CDU-Fraktion | 13891-01-01 |
| 7.4. Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung | 20-13891-02 |
| 7.5. Änderungsantrag zum TOP "Neuordnung der Stadtbezirke mit Beginn der Wahlperiode 2021; Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig" Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen | 20-13891-03 |

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die vorliegenden Beschlussvorlagen, die Änderungsanträge 20-14335, 13891-01-01, 20-13891-03 und die Stellungnahme 20-13891-02 hin. Ratsfrau Mundlos und die Ratsherren Böttcher und Bratmann bringen den Änderungsantrag 20-13891-03 ein und begründen diesen. Der Änderungsantrag 20-14335 wird von Ratsherr Lehmann eingebracht und begründet. Während der Aussprache beantragt Ratsherr Prof. Dr. Dr. Büchs die getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte des Änderungsantrages 20-13891-03. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 20-14335 und anschließend einzeln über die Beschlusspunkte des Änderungsantrages 20-13891-03 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 20-14335:

1. Dem Vorschlag zur Aufteilung des Stadtgebietes in zwölf Stadtbezirke wird gefolgt. Über die namentliche Bezeichnung zusammengelegter Stadtbezirke wird zu einem späteren Zeitpunkt gesondert entschieden.
2. Die als Anlage beigefügte Siebte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig wird beschlossen.
3. Die Verwaltung wird mit einer Analyse beauftragt, die das Ziel hat, Hinderungsgründe für ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement in der Stadt Braunschweig aufzudecken und daraus Vorschläge zu entwickeln, wie das kommunalpolitische Engagement zukünftig attraktiver gestaltet werden kann. Dazu soll eine Kommission gebildet werden, die die Analyse der Verwaltung begleitet und ein Maßnahmenpaket erarbeitet, wie sich die Lage verbessern lässt.

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Fürstimmen abgelehnt

Beschluss: Änderungsantrag 20-13891-03

1. Dem Vorschlag zur Aufteilung des Stadtgebietes in zwölf Stadtbezirke wird gefolgt. Über die namentliche Bezeichnung zusammengelegter Stadtbezirke wird zu einem späteren Zeitpunkt gesondert entschieden.

2. Die als Anlage zur Vorlage 20-13891-01 beigefügte Siebte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig wird beschlossen.
3. Die Verwaltung wird gebeten, zum Beginn der neuen Wahlperiode am 1. November 2021 eine Änderung der Geschäftsordnung in § 61 (5) dahingehend vorzubereiten, dass die Anzahl der stellvertretenden Bezirksbürgermeister auf zwei erhöht wird.
4. Die Verwaltung wird gebeten sicherzustellen, dass ein regelmäßiger Wechsel der Sitzungsorte der Stadtbezirksräte stattfindet, sodass möglichst in allen Stadtteilen getagt wird.
5. Der von der Verwaltung im Rahmen der Diskussion über die Anzahl der Stadtbezirksräte mit der Kategorie "grün" versehene KGSt-Vorschlag zur Schließung aller vier Außen-Bezirksgeschäftsstellen (Nr. 68/ Dez. II) wird nicht weiterverfolgt, die Bezirksgeschäftsstellen bleiben alle erhalten.
6. Die Verwaltung wird gebeten, geeignete Maßnahmen (z. B. eine Oberbürgermeistersprechstunde) zu ergreifen, um auch in den Stadtbezirken Bürgernähe und Bürgerbeteiligung zu verbessern.
7. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob den Stadtbezirksräten weitere Kompetenzen (z. B. die Entscheidung über den Bau und die Gestaltung von Querungshilfen an überbezirklichen Straßen) übertragen werden können.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung
Ziff. 1: bei wenigen Gegenstimmen beschlossen
Ziff. 2: bei wenigen Gegenstimmen beschlossen
Ziff. 3: einstimmig beschlossen
Ziff. 4: bei 2 Gegenstimmen beschlossen
Ziff. 5: bei einer Gegenstimme beschlossen
Ziff. 6: einstimmig beschlossen
Ziff. 7: einstimmig beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13891-02 wird zur Kenntnis genommen.

Um 16:45 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 17:15 Uhr unter Leitung der stellvertretenden Ratsvorsitzenden Naber fortgesetzt.

8. **Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** **20-14050**
- 8.1. **Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** **20-14050-01**
- 8.2. **Haushaltsvollzug 2020 - hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG** **20-14050-02**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber weist auf die vorliegenden Ergänzungen 20-14050-01 und 20-14050-02 hin und stellt diese gemeinsam zur Abstimmung.

Beschluss Vorlagen 20-14050, 20-14050-01, 20-14050-02:

Den in der Vorlagen 20-14050, 20-14050-01 und 20-14050-02 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

gemeinsame Abstimmung mit den Vorlagen 20-14050-01 und 20-14050-02 einstimmig beschlossen

9. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 20-14097

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber stellt fest, dass Einvernehmen besteht, über die Zuwendung unter lfd. Nr. 1 der Anlage 4, Referat 0610, getrennt abzustimmen. Sie stellt daher zunächst die Annahme dieser Zuwendung zur Abstimmung. Abschließend lässt sie über die Annahme der weiteren, in den Anlagen aufgeführten, Zuwendungen abstimmen.

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugesagt.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

1. Anlage 4, Ref. 0610; lfd. Nr. 1, Zuwendung der Richard-Borek-Stiftung:

bei 2 Gegenstimmen beschlossen

2. weitere in den Anlagen genannte Zuwendungen:

einstimmig beschlossen

10. Änderung der Hundesteuersatzung 19-11772

10.1. Änderung der Hundesteuersatzung 19-11772-03

10.2. Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 20-13841

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

10.3. Änderung der Hundesteuersatzung: Änderungsantrag zu DS 19-11772 20-14274

Hundesteuermarkenpflicht abschaffen

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

10.4. Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 20-14289

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

10.5. Änderung der Hundesteuersatzung, hier Abschaffung, Änderungsantrag zu DS 19-11772 20-14321

Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P²

10.6. Änderung der Hundesteuersatzung 19-11772-02

Antrag / Anfrage zur Vorlage 19-11772

Änderungsantrag der AfD-Fraktion

10.7. Änderung der Hundesteuersatzung - Änderungsantrag zu DS 19-11772 20-13841-01

Stellungnahme der Verwaltung

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber weist auf die vorliegenden Beschlussvorlagen, die Änderungsanträge 20-13841, 20-14274, 20-14289, 20-14321, 19-11772-02 und die Stellungnahme 20-13841-01 hin. Ratsfrau Gries bringt den Änderungsantrag 20-14289 ein, begründet diesen und erklärt, dass dieser den Änderungsantrag 20-13841 ersetzt. Anschließend werden der Änderungsantrag 20-14321 vom Ratsherrn Bley, der Änderungsantrag 20-14274 vom Ratsherrn Möller und der Änderungsantrag 19-11772-02 vom Ratsherrn Wirtz eingebracht und jeweils begründet. Während der Aussprache beantragt Ratsherr Merfort die getrennte Abstimmung des Änderungsantrages 20-14289 nach Formulierungen für "gefährliche

Hunde" und "sonstige Hunde". Im Anschluss an die Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst jeweils über die Änderungsanträge 20-14274, 20-14321 und 19-11772-02 abstimmen. Danach stellt sie den Änderungsantrag 20-14289 getrennt nach Formulierungen für "gefährliche Hunde" und "sonstige Hunde" zur Abstimmung. Anschließend lässt sie über die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 19-11772-03 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 20-14274:

Der ersten zwei Sätze von §12 (4) der Hundesteuersatzung der Stadt Braunschweig werden ersatzlos gestrichen. („Nach der Anmeldung werden Hundesteuermarken ausgegeben, die bei der Abmeldung des Hundes wieder abgegeben werden müssen. Hunde müssen außerhalb der Wohnung oder eines umfriedeten Grundbesitzes eine gültige, deutlich sichtbare Hundesteuermarke tragen.“)

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss Änderungsantrag 20-14321:

Die von der Verwaltung vorgelegte „Zweite Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Braunschweig“ wird geändert in:

"Satzung über die Abschaffung (Außerkraftsetzung) der Hundesteuersatzung für die Stadt Braunschweig"

Hierzu erarbeitet die Verwaltung eine Aufhebungssatzung, aus der hervorgeht, dass in Braunschweig zukünftig keine Hundesteuer mehr erhoben wird, und legt diese dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vor.

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss Änderungsantrag 19-11772-02:

Die Vorlage der Verwaltung zur Änderung der Hundesteuersatzung möge um folgenden Abschnitt ergänzt werden:

"1. §2 [Steuerpflicht] wird um folgenden Satz ergänzt:

Ab Vollendung des 65. Lebensjahrs sind Hundehalter von dieser Steuerpflicht befreit. "

Die Nummerierung aller folgenden Änderungen verschiebt sich entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss Änderungsantrag 20-14289:

Die von der Verwaltung vorgelegte "Zweite Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Braunschweig" wird, wie in der Mitteilung 20-13841-01 von der Verwaltung dargestellt, wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Sie beträgt je Kalenderjahr

a) für den ersten Hund 120,00 €

b) für den zweiten Hund 144,00 €

c) für jeden weiteren Hund 180,00 €

d) für den zweiten und jeden weiteren Hund,
der nach dem 31.12.2020 angeschafft wurde 204,00 €

e) für den ersten gefährlichen Hund 600,00 €

f) für jeden weiteren gefährlichen Hund 756,00 €

g) für jeden gefährlichen Hund,
der nach dem 31.12.2020 angeschafft wurde 804,00 €.“

b) In Absatz 3 wird die Angabe „Absatz 1 Buchstaben d) und e) durch die Angabe „Absatz 1 Buchstaben e), f) und g)“ ersetzt

2. In § 5 Absatz 2 wird die Angabe „§ 3 Abs. 1 Buchstabe a), b) oder c)“ durch die Angabe „§ 3 Abs. 1 Buchstabe a), b), c) oder d)“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung über im Beschlussvorschlag formulierte Änderungen zu "gefährlichen Hunden" und "sonstige Hunde"

gefährliche Hunde: bei 6 Gegenstimmen beschlossen

sonstige Hunde: bei Fürstimmen und Enthaltungen abgelehnt

Beschluss Vorlage 20-11772-03:

Die als Anlage beigefügte Zweite Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Braunschweig wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-13841-01 wird zur Kenntnis genommen.

11. Bestellung eines Vertreters im Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH 20-14296

Beschluss:

„Mit Wirkung vom 1. Dezember 2020 wird

Herr Dr. Hans-Joachim Neumann
Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters

in den Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH entsandt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12. Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im Verein "BDLO e.V." 20-13901

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig tritt dem Verein „BDLO e. V.“ zum 1. Oktober 2020 als Mitglied bei.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Anbindung des Behindertenbeirat Braunschweig e.V. (BBR); 20-13881

beratende Sitze in weiteren Ausschüssen zur Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung

Beschluss:

„In den Planungs- und Umweltausschuss und in den Sportausschuss wird als Sachverständige/r mit gleichen Rechten wie ein Bürgermitglied jeweils ein/eine vom Vorstand des Behindertenbeirates Braunschweig e.V. bestimmte/r Vertreter/in berufen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 14. Bekenntnis der Kommune zum Mütterzentrum Braunschweig e. V./MehrGenerationenHaus im Rahmen des neuen Bundesprogramms "Mehrgenerationenhaus. Miteinander - Füreinander" (2021-2028)**

20-13943

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig bindet das Mütterzentrum Braunschweig e.V./MehrGenerationenHaus in die Koordinierung der vorhandenen und geplanten Aktivitäten zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger, sowie der kommunalen Planungen beziehungsweise Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses ein und bekennt sich ausdrücklich zu ihrem MehrGenerationenHaus. Der Beschluss umfasst die Laufzeit des Bundesprogramms (01.01.2021 bis 31.12.2028).“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 15. Pädagogische Herausforderungen durch Inklusion in der Schulkindbetreuung**

20-14001

Beschluss:

„Im Rahmen des fortschreitenden Ausbaus der Schulkindbetreuung in Braunschweig ist es erforderlich, die mit dem Ausbau einhergehenden ebenfalls gestiegenen Inklusionsbedarfe in den Betreuungsgruppen stärker zu berücksichtigen.“

Daher werden die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Betreuungsentgelte von Schulkindbetreuungsangeboten ab dem Schuljahr 2020/21 ausschließlich zur Förderung der Inklusion in den Angeboten der Schulkindbetreuung zur Verfügung gestellt.

Die Förderpauschalen für die Angebote der Schulkindbetreuung werden entsprechend angepasst.

Angestrebter Maßnahmehbeginn ist der 1. August 2021.

Mit den Mehreinnahmen, die im Schuljahr 2020/21 erzielt werden, soll im Frühjahr 2021 mit einer Fortbildungsoffensive zum Themenkreis „Inklusion in der Schulkindbetreuung“ der Gestaltungsprozess inklusiver Angebotsstrukturen in den Einrichtungen der Schulkindbetreuung initiiert bzw. intensiviert werden.

Ergänzend ist eine einmalige Sonderförderung für die Schulkindbetreuungseinrichtungen vorgesehen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 16. Festsetzung des Entgeltes für das in den städtischen Kindertagesstätten verabreichte Mittagessen**

20-13441

16.1. Festsetzung des Entgeltes für das in den städtischen Kindertagesstätten und städtischen Einrichtungen der Teilzeit-Schulkindbetreuung verabreichte Mittagessen 20-13441-01

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber weist auf die Ergänzung 20-13441-01 zur Vorlage hin und erklärt, dass die Beschlussfassung dieser Vorlage mit einem geänderten Betrag in Ziff. 1 empfohlen wird. Nach der Aussprache stellt sie die Vorlage 20-13441-01 in geänderter Fassung zur Abstimmung.

Beschluss Vorlage 20-13441-01 (geändert):

„1. Das Entgelt für das in den städtischen Kindertagesstätten und städtischen Einrichtungen der Teilzeit-Schulkindbetreuung verabreichte Mittagessen wird mit Wirkung vom 1. Januar 2021 auf **53,20** Euro monatlich festgesetzt.

2. § 4 des Entgelttarifes für die städtischen Kindertagesstätten und städtischen Einrichtungen der Teilzeit-Schulkindbetreuung der Stadt Braunschweig vom 15. März 2016, geändert mit Ratsbeschluss vom 4. September 2018, wird wie folgt neugefasst:

„Das Entgelt für das in städtischen Kindertagesstätten und städtischen Einrichtungen der Teilzeit-Schulkindbetreuung verabreichte Mittagessen (für Krippenkinder die Baby-Kost) wird durch Beschluss des Rates festgesetzt. Die Erziehungsberechtigten werden über Veränderungen in geeigneter Art und Weise informiert.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

17. Neufestsetzung der Entgelte für den Kinder- und Jugendzeltplatz Grömitz/Lensterstrand 20-13865

Beschluss:

„Der Kinder- und Jugendzeltplatz Grömitz/Lensterstrand steht Kinder- und Jugendgruppen, sowie Schulen und anderen Institutionen für Erholungs- und Ferienfreizeiten, Schullandheim-aufenthalte, Klassenfahrten, Seminare usw. zur Verfügung.“

Ab Beginn der Belegungszeit 2021 werden die Entgelte je Tag und Teilnehmerin/Teilnehmer entsprechend der diesem Beschluss als Anlage beigefügten Aufstellung neu festgesetzt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen beschlossen

**18. Verlängerung der Veränderungssperre "Sudetenstraße", OE 40
Stadtgebiet zwischen A 391, A 392, Celler Heerstraße, Sudetenstraße, Schölke, der östlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 254/75, 254/76, 254/79 sowie dem ehemaligen Ringgleis
Satzungsbeschluss** 20-13444

Beschluss:

„Für das im Betreff bezeichnete Stadtgebiet, das in Anlage 2c dargestellt ist, wird gemäß § 17 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Verlängerung der Veränderungssperre um ein Jahr als Satzung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Nach Beratung von Punkt 18 übernimmt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann die Leitung der Sitzung. Von 18:00 Uhr bis 18:25 Uhr findet die Einwohnerfragestunde statt. Danach werden die weiteren Punkte der Tagesordnung behandelt.

3.3. Unzulässigkeit der Erhebung von kapitalisierten Pflegekosten und von Folgekosten für die Errichtung von Ganztagsbetrieben an Grundschulen	20-14008
19. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Trakehnenstraße/Breites Bleek“, ST 81 Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Ergänzendes Verfahren gemäß § 214 (4) BauGB	20-13925

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann weist darauf hin, dass im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes auch die Mitteilung 20-14008 -Unzulässigkeit der Erhebung von kapitalisierten Pflegekosten und Folgekosten für die Errichtung von Ganztagsbetrieben an Grundschulen (TOP 3.3 der Tagesordnung) behandelt wird. Während der Aussprache beantragt Ratsherr Rosenbaum die Zurückstellung der Vorlage 20-13925. Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann lässt zunächst über den Antrag auf Zurückstellung abstimmen und stellt fest, dass dieser bei 3 Fürstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt wird. Nach der Aussprache stellt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann die Vorlage 20-13925 zur Abstimmung.

Beschluss:

- „1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 6 und 7 zu behandeln.
- 2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Trakehnenstraße/Breites Bleek“, ST 81, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
- 3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
- 4. Der Bebauungsplan ST 81 wird rückwirkend zum 31. Mai 2019 in Kraft gesetzt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Mitteilung 20-14008 wird zur Kenntnis genommen.

20. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung)	20-13931
--	-----------------

Beschluss:

„Die 1. Änderung der Erschließungsbeitragssatzung wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen beschlossen

21. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für Straßenbauliche Maßnahmen (Straßenbaubebitragssatzung)	20-13932
--	-----------------

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Vorlage 20-13932 abstimmen.

Beschluss:

„Die 2. Änderung der Straßenbaubebitragssatzung wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

22. Mobilitätsentwicklungsplan - Strategische Zielfelder**20-14032**

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Vorlage 20-14032 abstimmen.

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügten sechs strategischen Zielfelder des Mobilitätsentwicklungsplans werden als Handlungsrahmen zur Erarbeitung des Mobilitätsentwicklungsplans beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei einer Gegenstimme beschlossen

23. Gliesmaroder Bahnhof-West**20-14127**

Begründung einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke

Beschluss:

„Für das in der Anlage bezeichnete Stadtgebiet wird eine Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke gem. § 25 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

24. Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmalen in der Stadt Braunschweig**20-13508****24.1. Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmalen in der Stadt Braunschweig****20-13508-01**

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann weist auf die Ergänzung 20-13508-01 zur Vorlage 20-13508 hin und lässt nach Aussprache über diese Vorlage abstimmen.

Beschluss Vorlage 20-13508-01:

„Die beigefügte Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmalen in der Stadt Braunschweig inkl. der als Anlage 2 beigefügten Übersichtstabelle der Naturdenkmale sowie der als Anlage 3 beigefügten maßgeblichen Karte werden in der vorliegenden Form beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

25. Anmietung Business Center III - Nutzerspezifische zusätzliche Ausbauten**20-13800****25.1. Anmietung Business Center III - Nutzerspezifische zusätzliche Ausbauten****20-13800-01**

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann weist auf die Ergänzung 20-13800-01 zur Vorlage hin und lässt nach Aussprache über die Vorlagen 20-13800 und 20-13801-01 gemeinsam abstimmen.

Beschluss zu Vorlagen 20-13800 und 20-13800-01:

„Den in Ziffer 2 der Vorlage genannten und in der Anlage näher beschriebenen zusätzlichen Ausbauten im Gebäudekomplex Berliner Platz - Business Center III (BC III; Stand der Kostenschätzung: rd. 2,06 Mio. €) wird zugestimmt. Die Finanzierung der von der Vermieterin nachgewiesenen Kosten erfolgt über einen verlorenen Baukostenzuschuss der Stadt. Die notwendigen Mittel werden im Haushalt für das Jahr 2022 bereitgestellt. Den in der Vorlage genannten zusätzlichen Ausbauten wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 8 Gegenstimmen beschlossen

26. **Neubau der 6. Integrierten Gesamtschule (6. IGS) am Standort Tunica-Gelände sowie Neubau der neuen Grundschule im westl. Ringgebiet am Wedderkopsweg Grundsatzbeschluss und weiteres Vorgehen** 20-13994
- 26.1. **Neubau der 6. Integrierten Gesamtschule (6. IGS) am Standort Tunica-Gelände sowie Neubau der neuen Grundschule im westl. Ringgebiet am Wedderkopsweg Grundsatzbeschluss und weiteres Vorgehen** 20-13994-01

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann weist auf die Ergänzung 20-13994-01 zur Vorlage hin und lässt nach Aussprache über diese abstimmen.

Beschluss Vorlage 20-13994-01:

„Die Ausschreibung eines partnerschaftlichen Modells zum Neubau der 6. IGS am Standort Tunica-Gelände sowie zum Neubau der Grundschule im westl. Ringgebiet am Wedderkopsweg ist auf Basis der nachstehenden Begründung vorzubereiten. Eine Vergabeentscheidung erfolgt nur, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse der dann im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelten Kosten der Eigenerledigung entsprechen oder günstiger sind.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

27. **Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Ge-schäftsordnung)**
- 27.1. **Fahrradfreundliches Braunschweig: Servicestationen für Fahrräder** 20-14231
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²
- 27.1.1. **Fahrradfreundliches Braunschweig: Servicestationen für Fahrräder, Änderungsantrag zu 20-14231** 20-14353
Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P²
- 27.1.2. **Änderungsantrag zum TOP "Fahrradfreundliches Braunschweig: Servicestationen für Fahrräder"** 20-14353-01
Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-14231 der ersetzende Änderungsantrag 20-14353 sowie der Änderungsantrag 20-14353-01 vorliegen. Ratsherr Bley bringt den Änderungsantrag 20-14353 ein, begründet diesen und erklärt, dass er den Beschlussvorschlag des Änderungsantrages 20-14353-01 übernimmt. Ratsherr Kühn bringt den Änderungsantrag 20-14353-01 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Änderungsanträge in der Fassung des Beschlussvorschla-ges 20-14353-01 abstimmen.

Beschluss Änderungsanträge 20-14353-01 und 20-14231:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wo im Stadtgebiet in Zusammenarbeit mit potenziellen Betreibern mindestens fünf Fahrrad-Servicestationen („Erste-Hilfe-Stationen“) installiert werden können, und diese zu beschaffen. Die genauen Orte sind mit den Fahrradverbänden abzustimmen.“

Um den Betrieb (Wartung und Instandhaltung) und soziale Kontrolle zu gewährleisten, sucht die Stadt Braunschweig Kooperationspartner. Dazu tritt sie in Gespräche mit z. B. Fahrradhändlern, Wohnungswirtschaft, eingetragenen Fahrradvereinen und Versicherungen ein.

Es ist zu prüfen, ob Förderungen des Landes, des Bundes oder der EU dafür beantragt wer-

den können.

Außerdem wird die Verwaltung gebeten, ein Piktogramm/Logo zu entwerfen, das die Standorte der Servicestationen und von Schlauchautomaten auf der Website der Stadt Braunschweig, in Radverkehrsinformationen wie Radwanderkarten u. a. markiert.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen beschlossen

27.2. Krankenhäuser nicht als Lückenbürger nutzen Antrag der BIBS-Fraktion	20-14263
27.2.1. Änderungsantrag zu Ds. 20-14263: Krankenhäuser nicht als Lückenbürger nutzen Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	20-14347
27.2.2. Krankenhäuser nicht als Lückenbürger nutzen Stellungnahme der Verwaltung	20-14263-01
27.2.3. Änderungsantrag zu Ds. 20-14263: Krankenhäuser nicht als Lückenbürger nutzen Stellungnahme der Verwaltung	20-14347-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 20-14263 der ersetzende Änderungsantrag 20-14347 sowie die Stellungnahmen 20-14263-01 und 20-14347-01 vorliegen. Ratsherr Rosenbaum begründet den Änderungsantrag und erklärt am Ende seiner Ausführungen, dass das Thema im Finanz- und Personalausschuss diskutiert werden soll. Oberbürgermeister Markurth weist darauf hin, dass zur Beratung im Finanz- und Personalausschuss ein neuer Antrag gestellt werden muss. Am Ende der Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt fest, dass der Änderungsantrag 20-14347 zurückgezogen und der Antragsteller zur Beratung im Finanz- und Personalausschuss einen neuen Antrag stellen wird.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 20-14263-01 wird zur Kenntnis genommen.
Die Stellungnahme 20-14347-01 wird zur Kenntnis genommen.

28. Anfragen

Die Anfragen werden von 20:15 Uhr bis 20:50 Uhr behandelt.

28.1. Lehren aus dem bundesweiten Warntag - braucht Braunschweig die Sirenen zurück? Anfrage der SPD-Fraktion	20-14326
28.1.1. Lehren aus dem bundesweiten Warntag - braucht Braunschweig die Sirenen zurück? Stellungnahme der Verwaltung	20-14326-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 20-14326 erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 20-14326-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.
Die Stellungnahme 20-14326-01 wird zur Kenntnis genommen.

28.2. Bericht zum Jahresabschluss 2019 des Rettungsdienstes Anfrage der AfD-Fraktion	20-14308
28.2.1. Bericht zum Jahresabschluss 2019 des Rettungsdienstes Stellungnahme der Verwaltung	20-14308-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 20-14308 erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 20-14308-01).
Die Stellungnahme 20-14308-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 28.3. Klärende Gespräche mit den Vertragspartnern zum schnellen Weiterverkauf des Wolters-Grundstücks Anfrage der BIBS-Fraktion** 20-14325
- 28.3.1. Klärende Gespräche mit den Vertragspartnern zum schnellen Weiterverkauf des Wolters-Grundstücks Stellungnahme der Verwaltung** 20-14325-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 20-14325 erfolgt durch Oberbürgermeister Markurth. Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

Die Stellungnahme 20-14325-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 28.4. Verkauf von Wohneinheiten in der Braunschweiger Weststadt Anfrage der AfD-Fraktion** 20-14309
- 28.4.1. Verkauf von Wohneinheiten in der Braunschweiger Weststadt Stellungnahme der Verwaltung** 20-14309-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 20-14309 erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 20-14309-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

Die Stellungnahme 20-14309-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 28.5. Sachstandsbericht E-Scooter Anfrage der BIBS-Fraktion** 20-14327
- 28.5.1. Sachstandsbericht E-Scooter Stellungnahme der Verwaltung** 20-14327-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 20-14327 erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 20-14327-01).

Die Stellungnahme 20-14327-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 28.6. Unverhältnismäßig hartes Vorgehen der Polizei gegen Demonstrant*innen gegen den AfD-Landesparteitag am 12.09.2020 Anfrage der BIBS-Fraktion** 20-14317
- 28.6.1. Unverhältnismäßig hartes Vorgehen der Polizei gegen Demonstrant*innen gegen den AfD-Landesparteitag am 12.09.2020 Stellungnahme der Verwaltung** 20-14317-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 20-14317 erfolgt durch Stadtrat Dr. Kornblum (Stellungnahme 20-14317-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

Die Stellungnahme 20-14317-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils behandelt hat.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des nichtöffentlichen Teils behandelt hat und schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

gez.

gez.

gez.

Markurth

Graffstedt

Geppert

Oberbürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführerin